



Haushalts- und Finanzausschuß

28. Sitzung (nicht öffentlich)

28. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 14.05 Uhr

Vorsitz: Leo Dautzenberg (CDU)

Stenografen: Michael Endres, Günter Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug

Drucksachen 12/1200, 12/1390 (1. Ergänzung), 12/1550 (2. Ergänzung) und 12/1570 (3. Ergänzung)

Vorlagen 12/901 bis 12/918, 12/922, 12/979, 12/990, 12/1043 bis 12/1046, 12/1052, 12/1064 und 12/1078

1

Der Ausschuß führt zunächst eine Grundsatzdebatte. Danach werden die Einzelpläne behandelt.

Seite

(Hinweis: Es werden nur die Einzelpläne, zu denen eine Aussprache stattfindet, im Protokoll dargestellt.)

Einzelplan 01 - Landtag	5
Einzelplan 04 - Justizministerium	6
Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung	7
Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung	8
Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	10
Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr	13
Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft	14
Einzelplan 12 - Finanzministerium	24
Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen	26
Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport	26
Haushaltsgesetz 1997	27
2 Beteiligungskapitalfonds NRW, mehr Kapital für zukunftsfähige Produkte und Arbeitsplätze	
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 12/1482	27

Der Ausschuß kommt überein, dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie eine gemeinsame Sitzung vorzuschlagen und in deren Rahmen ein Gespräch mit Fachleuten zu diesem Thema zu führen.

Seite

3 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-WestfalenGesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1449

28

Der Gesetzentwurf wird ohne Aussprache mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

(kein Diskussionsteil)

4 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage 12/944

28

Der Ausschuß nimmt die Vorlage 12/944 ohne Diskussion zur Kenntnis.

(kein Diskussionsteil)

5 Aufhebung der Sperre bei Kapitel 15 820 Titel 685 60**- Orchesterförderung -**

Vorlage 12/1063

28

Mit Zustimmung aller Fraktionen beschließt der Ausschuß die Aufhebung der Sperre bei Kapitel 15 820 Titel 685 60 gemäß § 36 Satz 2 in Verbindung mit § 22 Satz 3 LHO in Höhe von 250 000 DM.

Seite

6 Verschiedenes

- a) **Unterlagen zum zusätzlichen Tagesordnungspunkt "Bürgschaftsfall" in der nächsten Ausschußsitzung** 29

- b) **Auseinandersetzung zwischen WestLB und Privatbanken** 30

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug**

Drucksachen 12/1200, 12/1390 (1. Ergänzung), 12/1550 (2. Ergänzung) und 12/1570 (3. Ergänzung)

Vorlagen 12/901 bis 12/918, 12/922, 12/979, 12/990, 12/1043 bis 12/1046, 12/1052, 12/1064 und 12/1078

Vorsitzender Leo Dautzenberg teilt vorab mit, daß die personalrelevanten Änderungen der zweiten Ergänzungsvorlage in die bereits laufenden Beratungen des Unterausschusses "Personal" einbezogen würden. Mit den Auswirkungen des Organisationsgutachtens für die Finanzämter werde sich ebenfalls der Unterausschuß "Personal" im Rahmen der dritten Ergänzungsvorlage, die am Morgen nach § 32 LHO dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 12/1200 "zugewachsen" sei, befassen.

Des weiteren weist der Vorsitzende darauf hin, heute sei beabsichtigt, sich mit der Auswertung der restlichen Berichterstattergespräche, den schriftlichen Antworten der Landesregierung zu den sich aus den Gesprächen noch ergebenden Fragen und schwerpunktmäßig mit der zweiten und dritten Ergänzungsvorlage zu befassen. Aus den Berichterstattergesprächen hätten sich einige Aufträge beziehungsweise Anregungen - die der **Ausschuß** einvernehmlich bestätigt - ergeben, die über die Haushaltsberatungen 1997 hinausgingen.

Zu den Ergänzungsvorlagen merkt **Vorsitzender Leo Dautzenberg** weiter an, der Finanzminister habe seiner Erinnerung nach ausgeführt, daß er mit der zweiten Ergänzungsvorlage so lange habe warten wollen, bis die Umsetzung des Organisationsgutachtens für die Finanzverwaltung klar sei - zu dem Bereich stehe nun etwas in der dritten Ergänzungsvorlage - und um den Anpassungsbedarf aufgrund der Steuerschätzung vom 9. November einarbeiten zu können. Diese Anpassung sei nicht nur nicht in der zweiten, sondern auch nicht in der dritten Ergänzungsvorlage eingearbeitet worden, so daß die zweite Ergänzungsvorlage hätte eher zugeleitet werden können.

Staatssekretär Gerlach (FM) gesteht zu, daß das Verfahren bezüglich der Ergänzungsvorlagen optimaler hätte ablaufen können, aber sowohl in der Frage der Steuerschätzung als auch hinsichtlich der Umsetzung des Organisationsgutachtens sei das Finanzministerium von Entscheidungen Dritter abhängig.

Hinsichtlich der Steuerschätzung habe das Finanzministerium bis zuletzt gehofft, daß die Herunterbrechung der Daten auf die Länder mit den Auswirkungen auf den Länderfinanzaus-

gleich hätte eher geschehen können. Diese Regionalisierung sei aus unterschiedlichen Gründen bis heute nicht gelungen, unter anderem deshalb, weil es schwieriger geworden sei, Steuerschätzungen bezüglich der Auswirkungen auf die Länder herunterzubrechen. Da das Finanzministerium es als nicht zumutbar angesehen habe, noch weiter zuzuwarten, bis auch die regionalisierten Zahlen vorlägen, habe man sich dafür entschieden, die zweite Ergänzung in der vorliegenden Fassung herauszugeben.

Vorsitzender Leo Dautzenberg fragt, ob das bedeute, daß mit einer vierten Ergänzung zu rechnen sei.

Das Finanzministerium geht nach den Worten des **Staatssekretär Gerlach (FM)** davon aus, daß es trotz der noch offenen Fragen bei der Steuerschätzung zunächst einmal mit den im Haushalt vorhandenen Möglichkeiten bis zum Ende des Jahres operieren könne. Allerdings schließe das Finanzministerium zum einen wegen der steuergesetzlichen Veränderungen und zum anderen wegen möglicherweise sich aus den regionalisierten Zahlen ergebender dramatischer Veränderungen einen Nachtragshaushalt nicht aus.

Vorsitzender Leo Dautzenberg meint, daß ein Nachtrag, wenn er kommen sollte, im Sinne eines fairen Umgangs miteinander doch nur die Gesichtspunkte des Jahressteuergesetzes betreffen könne. Wenn noch Anpassungsbedarf hinsichtlich der Steuerschätzung erforderlich sei, müßten die entsprechenden Zahlen allerdings noch in die laufenden Beratungen des Landeshaushalts 1997 einfließen.

Staatssekretär Gerlach (FM) bekräftigt, da zur Zeit nicht abschätzbar sei, inwieweit sich aus der Steuerschätzung Konsequenzen für den Steueransatz ergäben, müsse er sich insofern theoretisch vorbehalten, daß sie auch noch in die laufenden Beratungen einfließen.

Helmut Diegel (CDU) wundert sich darüber, daß der Staatssekretär indirekt eingeräumt habe, die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hinke hinter anderen guten Beispielen bei der Umsetzung der Steuerschätzung bezüglich der regionalisierten Zahlen hinterher. Man habe der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" entnehmen können, daß es den Hamburgern schon gelungen sei, die regionalisierten Zahlen zu veröffentlichen. Deshalb möchte er noch einmal nachfragen, ob die Zahlen nicht doch schon vorlägen, aber aus irgendwelchen taktischen Manövern dem Ausschuß vorenthalten würden.

Staatssekretär Gerlach (FM) hat nach seinen Worten die Zahlen definitiv nicht. Ob die Hamburger nun besser seien oder nicht, habe auch etwas mit der Qualität der Arbeit zu tun.

Helmut Diegel (CDU) meint, da die Landesregierung beabsichtige, einen qualitativ guten Haushaltsentwurf vorzulegen, müßte sich die Landesregierung insofern jetzt die Frage stellen, ob die Haushaltsberatungen nun nicht ausgesetzt werden müßten; denn alles andere sei nur Makulatur und werfe schon seine Schatten mit Nachtragshaushalt, Haushaltssperre, und der damit verbundenen Entmachtung des Parlaments voraus. Das wolle die CDU-Fraktion nicht.

Staatssekretär Gerlach (FM) bittet darum, die Relationen zu berücksichtigen. Es gehe in dieser Diskussion nicht um Größenordnungen, die das Aussetzen der Haushaltsberatungen erforderlich machten. Sehr viel größer und eindrucksvoller werde für Nordrhein-Westfalen die Konsequenz aus dem Jahressteuergesetz sein, das man tatsächlich dann noch berücksichtigen und beraten müßte.

Reinhold Trinius (SPD) weist darauf hin, daß mit veränderten Zahlen aus Steuerschätzungen während eines Jahres schon bestimmte Erfahrungen gemacht worden seien. So seien die Steueransätze beim letzten und vorletzten Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen so gewesen, daß eine Anpassung aufgrund einer weiteren Verschlechterung der Steuerschätzung in einem Haushalt von Nordrhein-Westfalen ihren Niederschlag habe nicht mehr zu finden brauchen, weil die Ansätze - im Gegensatz zum Bund und zu anderen Ländern in den vergangenen Jahren - hinreichend realistisch gewählt worden seien. Das spreche für Solidität. Für ihn stelle sich daher die Situation so dar, daß die befürchteten Auswirkungen der Steuerschätzung vom November ihren Niederschlag noch nicht finden könnten, weil man auch die übrigen Auswirkungen, etwa auf den Länderfinanzausgleich, nicht abschätzen könne.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) sieht keinen Anlaß dafür, die Haushaltsberatungen auszusetzen. Im Frühjahr werde der Jahresabschluß ausweisen, welche Steuerausfälle tatsächlich eingetreten seien. Dann lägen auch die abschließenden Zahlen des Länderfinanzausgleiches vor, und man werde sehen, ob die Bundesregierung ihre Absicht verwirklicht habe, das Vermögensteuergesetz auslaufen zu lassen, oder ob der Antrag im Bundesrat auf Fortbestehen der Vermögensteuer durchgekommen sei. Doch davon könne man sich hier im Land nicht beeinflussen lassen. Die Landesregierung habe einen solide finanzierten Haushaltsplanentwurf vorgelegt, den die Koalitionsfraktionen im vorgesehenen Verfahren abwickeln würden. Wenn nun die CDU vorschlage, daß sich der Landtag für handlungsunfähig erklären solle, dann sollte sie dies den Menschen draußen einmal erklären, die die Aufstellung eines vernünftigen Haushaltes erwarteten.

Helmut Diegel (CDU) zeigt sich schon erstaunt darüber, daß Herr Dr. Bajohr nach dem Rückzug des Papiers der GRÜNEN überhaupt noch an den Beratungen teilnehme. Darin forderten die GRÜNEN bestimmte Reformprojekte und eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung. Insofern würde es ihn sehr wundern, wenn der Antrag der CDU auf Aussetzung der Haushaltsberatungen im Plenum nicht die Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

erhielte.

Sodann hebt der CDU-Obmann im HFA drei Punkte hervor. Erstens nehme er dem Staatssekretär nicht ab, daß dieser die regionalisierten Zahlen nicht habe und deshalb dem Ausschuß nicht vorlegen könne. Er bezeichne das Vorgehen des Finanzministeriums als ein durchsichtiges Täuschungsmanöver, wenn dem Ausschuß die Zahlen heute weiterhin vorenthalten würden.

Zweitens möchte der Abgeordnete erfahren, ob sich die erwarteten Steuereinnahmen für das Jahr 1997 nach dem bisherigen Kenntnisstand des Finanzministeriums um ca. 600 Millionen DM bis 800 Millionen DM reduzieren würden.

Drittens fragt der Redner, ob der Staatssekretär Kenntnis darüber habe, ob der heute in Bonn weilende Finanzminister in Sachen Vermögen- und Gewerbesteuer die Blockadepolitik gegenüber dem Bund aufgeben werde, um das Land Nordrhein-Westfalen trotz Kompensationsangeboten vor einem zusätzlichen Steuereinnahmeausfall von 1,3 Milliarden DM zu bewahren. Wenn dem Finanzminister dieser Auftrag der Landesregierung mitgegeben worden sei, dann könne man heute guten Gewissens die weiteren Entwicklungen abwarten. Anderenfalls bitte er um Auskunft, mit welchem Auftrag der Finanzminister heute nach Bonn gestartet sei.

Staatssekretär Gerlach (FM) äußert zu Punkt eins, da er dem Ausschuß keine Zahlen vorenthalte, könne er unter Punkt zwei auch keine Zahlen nennen.

Zu Punkt drei merkt er an, das Jahressteuergesetz befinde sich gegenwärtig im Vermittlungsausschuß. Im übrigen werde Minister Schleußer auch von den Parteifreunden der CDU als derjenige angesehen, der ein konstruktiver Geburtshelfer bei Kompromissen sei. Insofern betrachte er die Unterstellung einer Blockadepolitik als in sich unschlüssig. Vielmehr erwarte das Finanzministerium umgekehrt, daß die Bundesregierung ihre Blockadepolitik gegenüber den Ländern aufgebe und ihrerseits Vorschläge unterbreite, wie bezüglich des Ausfalls von 9,3 Milliarden DM volle Kompensation geleistet werden könne, die bis hinunter zu den Gemeinden benötigt werde, um den Aufgaben in 1997 gerecht werden zu können.

Helmut Diegel (CDU) möchte wissen, ob die Antwort des Staatssekretärs zu seiner zweiten Frage, daß er, der Staatssekretär, die Zahlen nicht bestätigen beziehungsweise nicht nennen könne, bedeute, daß er sie zwar kenne, aber heute nicht nennen dürfe.

Staatssekretär Gerlach (FM) weist darauf hin, daß er bereits deutlich gemacht habe, daß er zwar die Zahlen aus der Steuerschätzung mit den globalen Auswirkungen auf Bund und Länder kenne, aber nicht die Netto-Auswirkung für das Land unter Berücksichtigung des Länderfinanzausgleiches.

Reinhold Trinius (SPD) erinnert daran, daß die Opposition des öfteren begehrt habe, die schematisch regionalisierten Zahlen der Steuerschätzungen zu erfahren, worauf der Finanzminister erklärt habe, daß diese Zahlen keiner der Finanzminister, die das nämlich untereinander verabredet hätten, bekanntgebe.

Vorsitzender Leo Dautzenberg stellt abschließend bezüglich der Ergänzungsvorlagen fest, daß es zunächst Absicht gewesen sei, mit der zweiten Ergänzung die Anpassung bezüglich der Steuerschätzung mit einzubringen. Die Handlungsweise der Landesregierung zeige, daß sie keine Notwendigkeit erkenne, die Anpassung der Steuerschätzung in das laufende Beratungsverfahren einzubringen. - Zur Zeit jedenfalls nicht, bestätigt **Staatssekretär Gerlach (FM)**. - Der Interpretation des **Vorsitzenden Leo Dautzenberg**, "zur Zeit" bedeute also "bis zum 18.12.1996", stimmt **Staatssekretär Gerlach (FM)** zu.

(Hinweis: Es werden nur die Einzelpläne, zu denen eine Aussprache stattfindet, im Protokoll dargestellt.)

Einzelplan 01 - Landtag

Vorsitzender Leo Dautzenberg äußert sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses und zeigt aufgrund der Beratung der letzten Jahre kein Verständnis dafür, daß der Finanzminister in Einzelplan 01 eine globale Minderausgabe ausbringe und sich der Präsident des Landtags deshalb verpflichtet sehe, seinerseits einen Alternativvorschlag zu unterbreiten. Bei den letzten Haushaltsberatungen sei der Ausschuß übereingekommen, daß der Finanzminister, wenn dieser meine, eine globale Minderausgabe ausbringen zu müssen, dies lediglich nachrichtlich tun solle, da der Ausschuß es selbst entscheiden könne, wenn die Notwendigkeit dazu bestehe. Die hier geübte Vorgehensweise lasse man sich schon aus Gründen des Verfassungsverständnisses und der Gewaltenteilung nicht gefallen.

In diesem Fall komme noch hinzu, daß der Landtag mit der globalen Minderausgabe für Mehrbedarf in anderen Ressorts in Anspruch genommen werde.

Staatssekretär Gerlach (FM) räumt ein, die genannte Verabredung nicht zu kennen, erklärt aber, die Landesregierung beabsichtige keineswegs, in die in der Verfassung verankerte Gewaltenteilung einzugreifen. Dies werde schon dadurch dokumentiert, daß das Ministerium die unterschiedlichen Ansätze alternativ dargelegt habe und somit die Entscheidungskompetenz des Landtags anerkenne.

MDgt Dr. Berg (FM) ergänzt, die vom Vorsitzenden vorgetragene Auffassung, daß Ressorts, die nicht von Mehrausgaben betroffen seien, nicht zum Haushaltsausgleich herangezogen werden könnten, könne nicht geteilt werden, da auch der Einzelplan 01 kein ausgeglichenes Budget, sondern einen hohen Zuschußbedarf habe. Im übrigen habe der Hauptausschuß dieser globalen Minderausgabe einvernehmlich zugestimmt.

Vorsitzender Leo Dautzenberg empfiehlt, sich hinsichtlich des Zuschußbedarfes des Parlaments einer Wertung zu enthalten.

Helmut Diegel (CDU) unterstützt für seine Fraktion nachdrücklich die Ausführungen des Vorsitzenden, der Einzelplan 01 sollte nicht den anderen Ressorts angeglichen werden, da er im Gegensatz zu den Ministerien über kein Einnahme- und Ausgabebudget verfüge, und er frage die beiden anderen Fraktionen, ob sie in den letzten Wochen oder Monaten von dem einmal verabredeten Standpunkt nun abgewichen seien.

Reinhold Trinius (SPD) stellt fest, der Landtag sei Herr des Verfahrens. Richtig sei auch, daß der Haushalt ausgeglichen sein müsse. Die Landesregierung lege den Haushaltsentwurf vor, wie sie sich den Ausgleich über alle Einzelpläne vorstelle und verweise außerdem auf die Stellungnahme des Präsidenten. Wenn die CDU die globale Minderausgabe nicht oder nicht in dieser Höhe mittragen wolle, müsse sie einen Antrag stellen, und dann rede man darüber. - **Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE)** stimmt dieser Auffassung zu.

Einzelplan 04 - Justizministerium

LMR Wehrens (JM) erläutert zur Budgetierung, mit Beginn des Haushaltsjahr 1997 werde bei insgesamt 18 Gerichten und Justizbehörden testweise die weitergehende Flexibilisierung als erster Schritt hin zu einer Budgetierung erprobt. Man werde den ersten Schritt zur Budgetierung nicht nur sorgfältig begleiten, sondern auch beobachten. In der gestrigen Sitzung des Unterausschusses "Personal" sei festgehalten worden, daß aufgrund noch zu sammelnder Erkenntnisse eine Unterrichtung des Unterausschusses und damit dieses Ausschusses nach der Sommerpause nächsten Jahres frühestens in Betracht kommen könne. Es sei allerdings nicht auszuschließen, daß die Unterrichtung auch darin bestehe mitzuteilen, noch keine repräsentativen Erkenntnisse gesammelt zu haben.

Auf die Bitte des **Vorsitzenden Leo Dautzenberg** darzustellen, welche Zielrichtung mit der Budgetierung verfolgt werde, antwortet **LMR Wehrens (JM)**, sie diene zunächst einmal dazu, die Motivation der mit Haushalt und Bewirtschaftung befaßten Mitarbeiter zu erhöhen.

Sie solle weiter dazu führen, daß die verfügbaren Mittel so intensiv wie nur möglich genutzt werden könnten. Verfahrensmäßig sei geplant, im Haushaltsjahr 1998 weitere Gerichte und Justizbehörden in den ersten Schritt der Budgetierung einzubeziehen und gleichzeitig bei den 1997 mit der Budgetierung beginnenden Bereiche die nächste Stufe, nämlich die dezentrale Ressourcenverantwortung, zu testen. Dieses stufenweise Vorgehen werde dann auch bei den noch nicht berücksichtigten Gerichten und Justizbehörden vollzogen, so daß in einem mittelfristigen Zeitraum der gesamte Bereich der Justiz nicht nur die weitergehende Flexibilisierung, sondern die dezentrale Ressourcenverantwortung mit dem Ziel der Budgetierung praktizieren werde.

Reinhold Trinius (SPD) erhält auf die Frage, ob es bei der Budgetierung zwischen den Einzelplänen spezifische Besonderheiten hinsichtlich der haushaltsrechtliche Vermerken gebe, von **MDgt Dr. Berg (FM)** zur Antwort, die Haushaltsvermerke seien im Grundsatz gleich ausgefallen. Sie beträfen die Deckungsfähigkeit hinsichtlich der Ausgabearten innerhalb der Hauptgruppe 5. Einsparungen bei den Sachausgaben in Teilbereichen können zur Verstärkung der Investitionsausgaben herangezogen werden. Mehreinnahmen im Zusammenhang mit Aufgabenerfüllung könnten der Verstärkung von Mehrausgaben bei der Aufgabenerfüllung dienen und Einsparungen im Personalbereich auf besetzbaren, aber nicht besetzten Stellen zur Verstärkung von Sachausgaben verwandt werden. Diese Grundsätze würden in allen Bereichen gleichmäßig angewandt, allerdings gebe es je nach Einzelplan geringfügige Abweichungen, die den jeweiligen Einzelplanbelangen Rechnung trügen.

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

LMR Dr. Bröcker (MSW) bietet an, die in den Berichterstattergesprächen gestellten Fragen bezüglich der Umsetzung von Energiesparprojekten an Schulen schriftlich darzulegen und die Fragen zur praktischen Budgetierung an staatlichen Schulen zu Schulen in kommunaler Trägerschaft, zur Umstellung des Sondervermögens ohne Rechtspersönlichkeit vom System der Kameralistik auf eine kaufmännische Buchführung mündlich zu berichten. - **Gisela Meyer-Schiffer (SPD)** bittet darum, die genannten Berichte rechtzeitig zum 05.12.1996 schriftlich zu erhalten.

Vorsitzender Leo Dautzenberg möchte erfahren, wie die sogenannten "Vorgriffe" im Grundschulbereich haushaltsrechtlich zu werten seien, da hierfür keine gesetzliche Grundlage vorliege, und erinnert in dem Zusammenhang an das sogenannte Bepackungsverbot beim Haushalt. - **Peter Bensmann (CDU)**, Vorsitzender des Unterausschusses "Personal", merkt an, diese Problematik sei gestern im Unterausschuß behandelt worden. Er habe die dort vertretene Rechtsauffassung der Landesregierung, daß diese Vorgehensweise ohne rechtliche Bestimmung machbar sei, noch nicht prüfen können. Der Ausschuß werde das Thema in der

Schlußsitzung noch einmal behandeln.

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Vorsitzender Leo Dautzenberg fragt nach der Stellungnahme des Gutachters zu der Zugschrift 12/720 - Stichwort: Laborleistungen - und erhält von **LMR Mattonet (MWF)** zur Antwort, nach seinen Erkenntnissen liege die Stellungnahme noch nicht vor. Man müsse dafür Verständnis haben, daß der Zeitraum für eine fundierte Stellungnahme seit der Beauftragung am 28.10. bis heute recht knapp gewesen sei.

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) merkt an, im Nachgang zum Berichterstattergespräch sei ein Problem bezüglich der Investitionszuschüsse zu den Studentenwerken aufgetaucht. In **Titel 893 70 in Kapitel 06 020** stehe eine Verpflichtungsermächtigung von 15,5 Millionen DM für Sanierungsbedarf in Mensen. Nach der Diskussion solle es die sanierungsbedürftige Mensa in Münster sein. Nach wie vor sei aber nicht geklärt, ob die Verpflichtungsermächtigung lediglich für diese Maßnahme vorgesehen sei und ob die Maßnahme unter Finanzierungsgesichtspunkten tatsächlich beginnen könne. Sie bitte um entsprechende Auskunft. - **Staatssekretär Gerlach (FM)** sagt eine entsprechende Darstellung zu.

LMR Mattonet (MWF) ergänzt, die Verpflichtungsermächtigung sei ausschließlich für den Sanierungsbedarf in Münster ausgebracht worden.

Sodann beschreibt der Redner diesbezüglich den gegenwärtigen Stand. Das nunmehr angesetzte Volumen in Höhe von 21,5 Millionen DM solle durch drei Komponenten finanziert werden, einmal durch die Umsetzung der Verpflichtungsermächtigung in einen Baransatz, zweitens durch eine Eigenbeteiligung des Studentenwerks und drittens durch einen Baransatz, der im Haushalt 1997 generell für Investitionszwecke enthalten sei. Nach dem derzeitigen Planungsstand werde die Bauverwaltung im Spätsommer die endgültigen Planungsunterlagen vorlegen, so daß voraussichtlich im nächsten Sommer mit dem Start der Maßnahme begonnen werden könne.

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) möchte beziehend auf die zweite Ergänzung, Seite 1/52, die Gründe erfahren, warum ein Ansatz für Unterhaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen bei der Westfälischen Wilhelms-Universität um weitere 1,3 Millionen DM heruntergefahren worden sei, obwohl der Ansatz im Haushaltsentwurf 1997 zuvor schon um 3,9 Millionen DM gekürzt worden sei.

LMR Mattonet (MWF) weist darauf hin, daß es in Nordrhein-Westfalen zwei Hochschulstandorte - RWTH Aachen und Universität Münster - gegeben habe, die vom früheren

Kohlepfennig profitiert hätten. Die Auswirkungen des Wegfalls des Kohlepfennigs hätten sich so dargestellt, daß man bei beiden Standorten die Ansätze aufgrund der Empfehlungen einer Energiekommission noch einmal reduziert habe.

Helmut Diegel (CDU) meint zu **Titel 526 10 in Kapitel 06 010 - Gutachten "Frauenhochschule"**, da lediglich eine Projektskizze, die nicht die qualitativen Anforderungen erfüllt habe, eingegangen sei und somit kein Antrag vorliege, dürften entgegen der Aussage des Ministeriums, daß man die in 1996 abfließenden Mittel noch nicht beziffern könnten, eigentlich keine Mittel abfließen. Wenn nun in Abstimmung mit dem Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann die Entwicklung einer weiteren Projektskizze in Auftrag gegeben sei, könnten für die Erstellung der Projektskizze in 1996 lediglich ein paar Mark fließen. - **LMR Mattonet (MWF)** entgegnet, in der Tat sei es so, daß 1996 keine Mittel fließen würden. Das Gutachten werde im nächsten Jahr vergeben und es sei vorgesehen, es aus Mitteln des Hochschulsonderprogramms III zu finanzieren.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) möchte zum Haushaltsvermerk zu **Kapitel 06 020 Titel 685 54 "Zuschuß an die Private Hochschule Witten/Herdecke GmbH"** wissen, warum nicht eine qualifizierte Sperre wie im Jahr 1996 ausgebracht worden sei.

Dazu legt **MDgt Dr. Berg (FM)** dar, ein qualifizierter Sperrvermerk sei nicht als notwendig erachtet worden. Allerdings könnten die Abgeordneten eine solche vorsehen. Die Sperre diene dazu, in jedem Jahr anhand des Wirtschaftsplans sicherstellen zu können, daß mit diesem Zuschuß die Existenzfähigkeit dieser Hochschule gewährleistet sei.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) kündigt an, seine Fraktion werde die Ausbringung eines qualifizierten Sperrvermerk wohl beantragen. - Da der zuständige Fachausschuß die Privatuniversität aufmerksam begleite, halte er die vorgesehene haushaltsrechtliche Veranschlagung für ausreichend, betont **Reinhold Trinius (SPD)**.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) bittet darzulegen, warum im vergangenen Jahr die Ausbringung eines qualifizierten Sperrvermerks für notwendig angesehen worden sei. - **Vorsitzender Leo Dautzenberg** erinnert daran, der Landtag habe diesen qualifizierten Sperrvermerk ausgebracht, um die Vorlage der Wirtschaftsplans zu erreichen.

Daraus folgert **Alexandra Landsberg (GRÜNE)**, daß der Landtag bei diesem Titel einen entsprechenden qualifizierten Sperrvermerk angebracht sehen wolle. Dies sollte das Finanzministerium respektieren. - **Vorsitzender Leo Dautzenberg** wertet den Vorgang so, daß die Regierung nach der Ressortabstimmung nur einen normalen Sperrvermerk als notwendig

ansehe. Der Landtag könne eine andere Qualität beschließen.

Staatssekretär Gerlach (FM) verweist auf das hinzugekommene Eckwertepapier zur künftigen Landesförderung für diese Hochschule. Damit lasse sich eine entsprechend geänderte Sperrvermerksfassung begründen.

Auf die Kritik von **Dr. Manfred Busch (GRÜNE)**, daß der Vorsitzende auf an die Landesregierung gerichtete Fragen antworte, entgegnet **Vorsitzender Leo Dautzenberg**, die Kollegin habe den Adressaten erst später konkretisiert.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) bittet anzugeben, wo das Eckwertepapier besage, daß sich der Landtag nicht weiter mit dieser Angelegenheit befassen wolle. Bisher habe der Landtag mit der Ausbringung eines qualifizierten Sperrvermerks klargemacht, daß er sich mit ihr beschäftigen möchte.

Staatssekretär Gerlach (FM) stellt klar, es dürfe doch nicht verwundern, wenn die Landesregierung in ihrer Vorlage sage, daß diese Aufgabe in ihrer Zuständigkeit liege und diese allein wahrnehmen könne. Die Landesregierung als Exekutive sei der Auffassung, daß mit einer einfachen Sperre diese Angelegenheit entsprechend geregelt werden könne. Bestehe hingegen ein gewisses Mißtrauen, müsse eine qualifizierte Sperre beschlossen werden.

Zum Haushalt 1996, erinnert sich **Reinhold Trinius (SPD)**, habe über einen Antrag im Finanzausschuß der Landtag einen einfachen Sperrvermerk in einen qualifizierten Sperrvermerk umgewandelt. Alle hätten seinerzeit gewollt, daß kein Geld fließen sollte, solange nicht die Wirtschaftsführung dieser Privatuniversität geprüft worden sei und eine Beurteilung über das Konzept - auch aus der finanziellen Sicht - sowie eine Einschätzung des Wissenschaftsrates vorliege. Als diese Unterlagen vorgelegen hätten, sei der Titel entsperrt worden. Nachdem aber alle diese Grundlagen existierten, sehe er keinen Bedarf, über eine einfache Sperre hinauszugehen.

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Die auch hier erkennbare Budgetierung hält **Vorsitzender Leo Dautzenberg** für richtig. In absehbarer Zeit würden hierzu aber auch Ergebnisse erwartet. Anschließend spricht der Vorsitzende den Sachstandsbericht zu dem Projekt **START Zeitarbeit - Vorlage 12/1052** an und erinnert daran, daß ursprünglich der "break even point" noch im Jahre 1996 hätte

erreicht werden sollen. Nach der Vorlage sei dieser Punkt zwar im Juli erreicht worden, habe aber nicht gehalten werden können. Immerhin werde bei einem Umsatz von 40 Millionen DM mit einem Defizit von 6,26 Millionen DM gerechnet. Da nach dem Bericht Niederlassungen und Geschäftsstellen geschlossen würden, frage er, ob überhaupt das Potential akquiriert werden könne, um die Gesamtmaßnahme wirtschaftlich durchführen zu können. Was die wegen der drohenden Überschuldung vorgesehene Aufstockung der bisherigen Anschubfinanzierung betreffe, interessiere ihn, ob sich daran alle Gesellschafter beteiligten. Zudem nehme er bei der Rechtsform der GmbH an, daß wegen der weitgehenden Aufzehrung des bisher eingesetzten Kapitals die Verschuldung drohe.

AL Schäffer (MAGS) bestätigt, daß im Jahre 1996 nur in einem Monat die Überschreitung des "break even points" habe erreicht werden können. Wie dem Ausschuß bereits im Juni mitgeteilt worden sei, habe es im ersten Quartal 1996 einen sehr starken Einbruch bei Umsatz und Ergebnis von START gegeben. Im ersten Quartal 1996 habe sich ein negatives Ergebnis von 3,82 Millionen DM eingestellt, im zweiten Quartal eines von 1,54 Millionen DM und im dritten Quartal habe sich das negative Ergebnis auf 0,9 Millionen DM reduziert. Für das vierte Quartal werde prognostiziert, daß sich dieses negative Ergebnis geringfügig weiter verringere. Insoweit gebe es wohl eine eindeutige Entwicklungstendenz.

Wegen der auch das Ministerium sehr beunruhigenden Ergebnisse seien ein internes Organisationsgutachten und eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeit und der Fortbestehensperspektive von START in Auftrag gegeben worden. Das erste Gutachten habe zu Restrukturierungsmaßnahmen innerhalb der START Zeitarbeit GmbH geführt und dazu, daß vier Geschäftsstellen, die danach dauerhaft keine Perspektive auf ein positives Ergebnis hätten, geschlossen würden. Anfang Dezember werde die Vorlage eines Gutachtens von Wibera erwartet. Nach ersten mündlichen Vorabinformationen von Wibera werde für 1997, was das Erreichen des "break even points" angehe, eine positive Fortbestehensprognose abgegeben.

Die vom Vorsitzenden erwähnte Maßnahme zur Abwendung der bilanziellen Überschuldung durch eine eventuelle zusätzliche Darlehens- oder Zuschußgewährung sei als eine von seiten des MAGS angedacht, werde aber abhängig gemacht davon, ob das für Anfang Dezember zu erwartende Wibera-Gutachten eine eindeutige positive Fortbestehensprognose enthalte, wie Minister Horstmann ausdrücklich gesagt habe.

Die vier zu schließenden Geschäftsstellen in Aachen, Gronau, Bocholt und Kleve lägen in Grenznähe zum Benelux-Raum, wo intensive Konkurrenz zu ausländischen Arbeitnehmerverleihern bestehe, die auf Dauer die Erzielung eines positiven Ergebnisses nicht wahrscheinlich erscheinen ließe. Neben den internen Restrukturierungsmaßnahmen sei deswegen vom Aufsichtsrat nach einer ausführlichen Diskussion die Schließung dieser Geschäftsstellen beschlossen worden, um im Gesamtergebnis im nächsten Jahr den "break even point" erreichen beziehungsweise überschreiten zu können.

Vorsitzender Leo Dautzenberg äußert Verständnis dafür, wenn die Nachschubfinanzierung zur Abwendung der Überschuldung kurzfristig vom MAGS übernommen werde, aber letztlich

müsse diese entsprechend der Relationen nach Gesellschafteranteilen aufgeteilt werden. - Die an START beteiligten Gesellschaften, geht darauf **AL Schäffer (MAGS)** ein, hätten eine zusätzliche Einlagenerhöhung nicht in Aussicht gestellt. Vielmehr würde es sich um eine vom MAGS getragene Operation handeln.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) ist erstaunt darüber, daß die Schließung der genannten Geschäftsstellen mit der Konkurrenz zu Privaten begründet werde. Sie habe ausgehend von der Ursprungskonzeption Sorge, ob die restlichen Geschäftsstellen dann nicht Ähnliches erlebten. Bezugnehmend auf eine Pressemeldung vom heutigen Tag, wonach die Geschäftsstelle in Duisburg auch Probleme mache, möchte die Abgeordnete weiter wissen, ob die Geschäftsstelle in Duisburg möglicherweise im nächsten Jahr auch zur Disposition stehe.

Die ökonomischen Probleme der vier genannten Geschäftsstellen, ergänzt **AL Schäffer (MAGS)** seine vorherigen Ausführungen, hätten auch damit zu tun, daß sich der Markt für Verleihfirmen dort entgegen der ursprünglichen Annahme als nicht so positiv herausgestellt habe. 1996 sei, wie in einem ausführlichen Artikel der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" nachgelesen werden könne, zudem für die gesamte Verleihbranche sehr schwierig gewesen und habe auch auf die Ergebnisse von START Einfluß gehabt.

Zu den übrigen Geschäftsstellen könne gesagt werden, daß bei zehn Niederlassungen bereits die Kostendeckung erreicht worden sei, bei weiteren 13 Niederlassungen könne die Kostendeckung unmittelbar abgesehen werden. Bei sechs Niederlassungen gebe es noch Probleme. Allerdings hoffe man, im nächsten Jahr positivere Ergebnisse erzielen zu können und mit der Schließung der vier Geschäftsstellen die Konsolidierung des Gesamtkonzepts von START erreicht zu haben. Der Zeitungsartikel zu Duisburg habe sich auf die Hauptstelle bezogen. Dort sei ein größerer Reorganisationsbedarf eingetreten. Es werde dort eine neue Abteilung eingerichtet, zusätzlich werde ein externes Finanzcontrolling hineingegeben und der Personalbestand im Overhead-Bereich werde insgesamt reduziert. Allerdings werde die Hauptstelle nicht geschlossen.

Nach Pressemitteilungen seien 280 Leiharbeiter bei Ford tätig, merkt **Hans Kern (SPD)** an. Da Ford zur Zeit gut im Rennen liege, müßten doch entsprechend der Idee viele von diesen Leiharbeitern von Ford übernommen werden. Anschließend bittet der Abgeordnete unter Bezugnahme auf ein Zitat in der Vorlage um Erläuterung, was der Anstieg des Krankenstandes mit einschneidenden personellen und organisatorischen Veränderungen im Management der Hauptverwaltung usw. zu tun habe.

AL Schäffer (MAGS) bezeichnet die Verbindung der beiden in der angesprochenen Formulierung behandelten Aspekte als etwas unglücklich. Die Reorganisationsmaßnahmen im Managementbereich bezögen sich auf bestimmte personelle Maßnahmen, die sowohl die Regiomanager als auch die Bezirksmanager, wie auch die Leitungsebene innerhalb der

START-Hauptstelle in Duisburg betreffen. Der Krankenstand insgesamt bedeute ein zusätzliches erschwerendes und erklärendes Element dafür, daß die positiven Ergebnisse nicht in der ursprünglich vorgestellten Weise hätten erzielt werden können.

Vorsitzender Leo Dautzenberg regt an, daß sich der Ausschuß im Frühjahr noch einmal mit der START Zeitarbeit GmbH befaße und das Gesamtprojekt einer Bewertung unterziehe. Klargestellt werden müsse, wie die gesamte öffentliche Finanzierung aussehe, weil neben der START-Finanzierung möglicherweise die Zeitarbeitskräfte noch aus anderen öffentlichen Töpfen unterstützt würden. Er halte es auch für nötig, neben der Vermitteltenzahl die Kopfzahl festzustellen, um eine Gesamtbewertung vorzunehmen. - **Dr. Klaus Heugel (SPD)** bittet, bei dieser Rechnung auch die gegenzurechnenden ersparten Sozialleistungen einzubeziehen. - Der Ausschuß ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

Auf die entsprechende Nachfrage von **Hans Kern (SPD)** informiert **RD Lauf (MAGS)**, mit den Ergebnissen der Kommission zu den Unterhaltsleistungen könne erst im Frühjahr 1997 gerechnet werden.

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr

Auf die Bitte des **Vorsitzenden Leo Dautzenberg** sagt **RD Kröger (MWMTV)** zu, das Gutachten der IVV, Aachen, "Verkehrstechnische Untersuchung für den Anschluß des Opel-Werkes in Bochum" dem Ausschuß zuzuleiten, sobald es vorliege.

Dann spricht **Vorsitzender Leo Dautzenberg** in Anlage 4 der Vorlage 12/1045 den vorletzten Absatz an und bittet um Auskunft, worin die Abstimmungsmaßnahmen der Kreditwirtschaft bestanden hätten. - **RD Kröger (MWMTV)** sichert zu, diese Frage kurzfristig schriftlich zu beantworten.

Anschließend geht **Vorsitzender Leo Dautzenberg** auf die Anlage 5 der Vorlage 12/1045 ein und möchte wissen, ob die Relation bei dem mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW) betriebenen Aufwand vernünftig erscheine, wenn in einem Jahr 73 Intensivberatungen stattgefunden hätten.

Staatssekretär Bickenbach (MWMTV) betont, die GfW decke nicht nur die Intensivberatungsfälle ab, sondern ergreife auch eine Vielzahl anderer Aktivitäten. Für ihn lohne sich

dieser notwendige Aufwand. Bei den Gesprächspartnern stoße die letztendlich erfolgreiche Angebotsmöglichkeit eines solchen privaten Partners auf große Resonanz. Das Grundproblem bestehe darin, daß man den Erfolg solcher teilweise auf sehr lange Frist angelegter Beratungen nur sehr schwer in Mark und Pfennig und in der konkreten Zahl an Arbeitsplätzen messen könne. Vielmehr handele es sich um ein Geschäft, bei dem systematische mittel- und langfristige Aufbauarbeit für den Erfolg geleistet werden müsse.

Eingehend auf Anlage 8 der Vorlage 12/1045 meint **Vorsitzender Leo Dautzenberg** bei den als durchschlagendes Ergebnis dieser Förderungsmaßnahmen Erwähnten gehe man besser zur Tagesordnung über. Zu Kapitel 08 035 Titel 685 10 "Zuschuß an die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH", folgert der Vorsitzende aus dem dritten Absatz in Anlage 10 der Vorlage 12/1045, daß es sich nicht um eine rechtliche Verpflichtung des Landes handele. Wenn das Land die Zuschußhöhe begrenzte, würde allerdings der WDR wahrscheinlich sich dieser niedrigeren Landesziffer anschließen. - **Alexandra Landsberg (GRÜNE)** teilt mit, Wirtschaftsminister Clement habe am Vortag im Wirtschaftsausschuß bestätigt, daß keine rechtliche Verpflichtung bestehe.

Auf die Frage von **Helmut Diegel (CDU)**, wann der Gesellschaftsvertrag, wie zugesagt, vorgelegt werde, antwortet **RD Kröger (MWM-TV)**, an eine solche Zusage könne er sich nicht erinnern. Die Diskussion über die Vorlage dieses Gesellschaftsvertrages sei im Hinblick auf die Frage aufgekommen, ob das Land rechtlich verpflichtet sei, genauso viel Geld wie der WDR bereitzustellen. Aufgrund der Antwort in Anlage 10 sei von der Übersendung des Gesellschaftsvertrages unterblieben. Die Übersendung des Vertrages könne er nicht zusagen, weil dazu wohl erst das Einverständnis des WDR erbeten werden müsse.

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Sachstandsbericht zum Umweltinvestitionsprogramm "Arbeit und Umwelt"

Vorlage 12/1064

Staatssekretärin Friedrich (MURL) führt zusammengefaßt aus:

Das Programm hebt den Zusammenhang von Arbeit und Umwelt heraus. Wir alle wissen, auf Dauer kann ökonomisch nicht erfolgreich sein, was ökologisch nicht zu verkraften oder zu verantworten ist.

In der Regierungserklärung vom 13. September 1995 hat die Landesregierung für dieses Investitionsprogramm das Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens formuliert. Das ist ein deutliches Plädoyer dafür, von der Nachsorge zur Vorsorge in der Umweltpolitik überzugehen. Ökologische Modernisierung ist nicht nur Symptombekämpfung,

sondern auch Strukturwandel. Andernfalls werden sich die Umweltprobleme nicht nur nicht entschärfen lassen, sondern auch weiter dramatisieren und damit zusätzliche Kosten verursachen.

Es geht also um das im Grundgesetz formulierte Staatsziel einer Wirtschaftsweise, welche die natürlichen Lebensgrundlagen erhält. Die Orientierung hin zu einer zukunftsfähigen Entwicklung bedeutet die notwendige Gesamtbetrachtung. Es geht also darum, die allgemeingesellschaftlichen Schäden unserer Volkswirtschaft auch in der betriebswirtschaftlichen Kalkulation zu berücksichtigen. Konkret heißt das: Umweltverbrauch muß reduziert werden durch Ingenieurverstand und umweltverträgliche Industrieproduktion, durch intelligente Beratung und Dienstleistung. Wir benötigen sauberere Technologien, die Energie sparen, Abfall vermeiden und Ressourcen schonen. Nicht Menschen sollen arbeitslos gemacht werden, sondern Kilowattstunden, Tonnen und Ölfässer.

Die Verknüpfung von Arbeit und Umwelt in unserem Investitionsprogramm unterstützt den gewaltigen Strukturwandel der Wirtschaft hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise. Die Kurzformel heißt: produktionsintegrierter Umweltschutz. Damit setzen Unternehmen auf höhere Wertschöpfung, auf moderne Technologie und auf sichere Beschäftigung.

Die Standortvorteile Nordrhein-Westfalens liegen auf der Hand. Sie liegen in der Investitionsfähigkeit unserer Wirtschaft gerade wegen der Komplexität des technischen Know-hows, welches sich in unserem industriellen Ballungsgebiet stetig weiterentwickelt. Wer heute in ökologisch orientierte Produktion investiert, hat morgen einen Wettbewerbsvorteil. Die technischen Einsparpotentiale beim hiesigen Energieverbrauch liegen zum Beispiel bei 30 bis 50 Prozent. Diese Potentiale zu realisieren, hilft der Umwelt, schafft Arbeitsplätze und entwickelt Technologien weiter, was die internationale Stellung festigt; denn ausländische Märkte erfordern modernste Umwelttechnik.

Das oberste Ziel der Landesregierung ist, umweltverträgliche Arbeitsplätze zu schaffen, die wettbewerbsfähig und zukunftssicher sind. Mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm leisten wir dazu wichtige Voraussetzungen: durch gezielte Anschubförderung und Wissenstransfer. Wir helfen, die Stellung nordrhein-westfälischer Unternehmen auf dem Weltmarkt zu verbessern. Wir begleiten die wirtschaftliche Innovation durch arbeitsorientierte Förderung. Hierbei unterstützen wir insbesondere kleine und mittlere Unternehmen.

Mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm setzt die Landesregierung Prioritäten des nachhaltigen Wirtschaftens in Nordrhein-Westfalen. Ich greife jetzt zwei Schwerpunkte aus meinem Bereich heraus. Herr Kollege Bickenbach wird noch über seinen Bereich extra informieren.

Erstens. Initiativprogramm zur ökologischen und nachhaltigen Wasserwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Zweitens. Initiative für nachhaltige Landwirtschaft, gesunde Ernährung und eigenständige Regionalentwicklung.

"Nachhaltige Wasserwirtschaft" heißt, daß der Wasserverbrauch gesenkt werden muß und geschlossene Wasserkreisläufe die Regel werden müssen. Wasser ist eben nicht durch andere Stoffe substituierbar. Mit 255 Millionen DM aus der Abwasserabgabe werden die vielfältigsten Projekte gefördert, die bewußt vom bisherigen Vorgehen abweichen. Das Initiativprogramm dient nicht der allgemeinen Anteilsfinanzierung beziehungsweise Förderung von Abwasseranlagen, sondern neue Ideen sind gefragt: beim anderen Umgang mit Regenwasser, bei der Entwicklung neuer Technologien für die Wasserkreislaufwirtschaft, aber auch beim Energiesparen und bei der CO₂-Minerung auf öffentlichen Kläranlagen.

Durch das Initiativprogramm Wasserwirtschaft werden zukunftssträchtige Investitionen im Umfang von einer Milliarde DM ermöglicht und mehr als 6 000 Arbeitsplätze gesichert. Das ist ein Beweis, daß Umweltschutz und Beschäftigung keinen Widerspruch darstellen müssen.

Zum zweiten Schwerpunkt "Nachhaltige Landwirtschaft": Das Programm "Arbeit und Umwelt" unterstützt bäuerliche Betriebe, die umweltschonend wirtschaften und gesunde Lebensmittel erzeugen. Landesmittel erhalten daher diejenigen, die sich ökologisch weiterentwickeln wollen und zum Beispiel auf artgerechte Haltungsverfahren umsteigen. Für Landwirtschaftsbetriebe in benachteiligten Regionen wird eine Ausgleichszulage gezahlt. Die Konditionen für mittlere und kleine Betriebe werden momentan verbessert.

Bei der Lebensmittelversorgung setzt die Landesregierung auf das Konzept "Aus der Region - für die Region". Das unterstützt gezielt kleine und mittlere Unternehmen und hilft auch, Energie zu sparen und das Klima zu schützen. Im nächsten Jahr wird deshalb in das Programm ein besonderer Förderungsgrundsatz zur Regionalvermarktung aufgenommen.

Die Initiative für nachhaltige Landwirtschaft und eigenständige Regionalentwicklung soll schließlich durch höhere Prämien für die Umstellung auf ökologischen Landbau ergänzt werden. Dieser Landbau entspricht in besonderer Weise den Vorteilen einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Er hat aber bisher in Nordrhein-Westfalen noch eine geringe Bedeutung.

Mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm "Arbeit und Umwelt" schafft die Landesregierung eine Grundlage für die Entwicklung neuer Technologien und Strukturen hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Die öffentlichen Mittel sollen zur Kreativität und Flexibilität ermutigen. Wir wollen das Investitionsklima und den Arbeitsmarkt beleben. Deshalb ist die Landesregierung trotz angespannter Haushaltslage entschlossen, die Mittel von insgesamt 13,1 Milliarden DM gezielt zu investieren. Und wir sind sicher, daß sich diese Mittel für die Zukunft unseres Landes auch amortisieren.

Bezugnehmend auf die Förderung der regionalen Versorgung erinnert Vorsitzender Leo Dautzenberg daran, die normalen Landwirte fürchteten, förderungsmäßig vernachlässigt zu werden und keine Hilfe mehr im bisherigen Umfang zu erhalten.

Staatssekretärin Friedrich (MURL) kann sich nicht erklären, wie dieser Eindruck entstehen könne, weil ja nicht nur die eine Form der Landwirtschaft gefördert werde. Im Rahmen der Möglichkeiten werde auch die andere Seite nach wie vor unterstützt. Jetzt gehe es aber um das Setzen von Zeichen, um für das nachhaltige Wirtschaften in diesem Land über eine besondere, gezielte Förderung etwas zu erreichen. Bei der regionalen Vermarktung erhielten auch herkömmlich produzierende Betriebe in dem Moment Mittel, wenn sie den regionalen Markt belieferten und damit nicht auf Expansion, sondern auf Qualität setzten.

Diese besondere Hervorhebung lasse jedoch den Eindruck aufkommen, meint **Vorsitzender Leo Dautzenberg**, daß die Produktion im normalen landwirtschaftlichen Bereich nicht mit Arbeit und Umwelt verträglich ausgerichtet sei.

Allgemeinwissen stelle heute wohl dar, nimmt dazu **Staatssekretärin Friedrich (MURL)** Stellung, daß die industrialisierte Landwirtschaft nicht die umweltverträglichste Landwirtschaft sei. Es gebe allerdings gute Gründe, weshalb diese Form der Landwirtschaft existiere. Sie werde sich zumal bei der EU-Politik und der Bundespolitik nicht von heute auf morgen in eine andere Richtung verändern können. Mit diesem Programm sollten jedoch Strukturen geschaffen werden, die nachhaltiges Wirtschaften als Leitbild und als Ziel ermöglichen. Angesetzt werde bei Betrieben, die vor der Frage Expansion oder Qualität stünden. Nachhaltigkeit habe etwas mit Qualität zu tun. Sie könne den Widerspruch, das eine sei demnach umweltunbewußt und das andere umweltbewußt, nicht so deutlich sehen.

Für ihn, geht darauf **Vorsitzender Leo Dautzenberg** ein, stelle sich bei der gewählten Begrifflichkeit "industrialisierte Landwirtschaft" versus "mehr umweltorientierte Landwirtschaft" die Frage, ob über diese Nomenklatura in der Landesregierung Einvernehmen bestehe. - **Staatssekretärin Friedrich (MURL)** stellt klar, es gehe nicht um "versus", sondern um das Benennen von Zielen. Dieses Programm richte sich nicht ausschließlich an die biodynamischen Bauern.

Das eine oder andere an dem Programm ist nach Auffassung von **Volkmar Klein (CDU)** bedenkenswert, wenn er etwa das Herkunftssiegel für Produkte sehe, das in der Vergangenheit von der CDU beantragt worden sei. In diesem Ausschuß gehe es aber um die haushaltswirtschaftlichen Konsequenzen. Nach seinem Eindruck werde auch mit Blick auf die Zahlen nicht, wie ausgeführt, gehandelt, sondern bereits lange im Haushalt stehende Positionen erhielten ein zusätzliches Etikett. Darüber hinaus erhielten auch Haushaltspositionen dieses Etikett, an denen bereits andere Programmetiketten hingen. Sogar Bundesmittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz erhielten das Etikett dieses Programmes umgehängt. Für ihn würden insoweit keine inhaltlichen Zeichen gesetzt, sondern es werde aus PR-Gründen Etikettenschwindel betrieben.

Schon bei der letzten Ausschußdiskussion über dieses Thema habe ihre Fraktion, erinnert **Alexandra Landsberg (GRÜNE)**, die gerade wieder gemachten Aussagen zurückgewiesen. Für die Grünen sei nicht die eine oder andere Million DM mehr interessant, die für ökologische Aufgaben ausgegeben werden könne, sondern daß die Maßnahmen, die im Haushalt stünden, unter diesem Aspekt überarbeitet würden. Wichtig wäre, in welcher Weise in den beiden Ministerien die Richtlinien überarbeitet worden seien. Deshalb möchte sie hören, was insbesondere im MWMTV in den letzten Monaten diesbezüglich unternommen worden sei beziehungsweise womit noch gerechnet werden könne.

Staatssekretär Bickenbach (MWMTV) trägt ergänzend zum Zukunftsinvestitionsprogramm zusammengefaßt vor:

Frau Kollegin Friedrichs hat schon einiges zur allgemeinen Philosophie des Programms gesagt. Ich will das nicht wiederholen.

Was den etwas harten Vorwurf des Etikettenschwindels angeht, will ich folgendes sagen: Ich denke nicht, daß es sich hier um einen Etikettenschwindel handelt, sondern im Prinzip ist es eine sehr moderne Methode des zielgerichteten wirtschaftlichen Handelns. Auch die Privatwirtschaft hält sehr viel davon, eine Philosophie oder Leitgedanken über an sich ohnehin durchzuführende Programme zu setzen, um diesen Programmen eine ganz bestimmte Ausrichtung zu geben. In der Tat stellen wir nicht in nennenswertem Umfang zusätzliche Mittel zur Verfügung oder legen neue Programme auf, sondern über bestehende und teilweise laufende Programme ist die neue Leitphilosophie "Arbeit und Umwelt" gesetzt worden. Sowohl aus den Ausführungen der Kollegin Friedrich als auch aus meinen nachfolgenden Ausführungen wird wohl deutlich, daß dieses Programm erheblich mehr als nur ein "Etikettenschwindel" ist.

Letztendlich geht es um die Modernisierung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft, die - darüber müßten wir uns an sich alle einig sein - in Richtung der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie gehen muß. Darin besteht nach Meinung der Landesregierung die entscheidende zu bewältigende Modernisierungsherausforderung der Wirtschaft. Sie gilt es beispielhaft in Nordrhein-Westfalen für Deutschland und gegebenenfalls in Deutschland auch dafür umsetzen, was den globalen Wettbewerb wegen der weltweiten Umweltprobleme angeht.

Bei meiner ersten Auslandsreise in meiner neuen Funktion habe ich in Korea ein Gespräch mit dem koreanischen Umweltminister geführt. In Korea wird auch intensiv über das Thema Versöhnung von Ökonomie und Ökologie und das Herausstreichen des Umweltthemas nachgedacht. Es werden Milliarden an Investitionsmittel zur Verfügung gestellt. In Korea besteht ein außerordentlich großes Interesse gerade an einer Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalen, weil dort festgestellt worden ist, daß in unserem Land zu diesem Thema inzwischen Beispielhaftes entwickelt wird.

Ich möchte auf einige wenige, aber für mich sehr signifikante Beispiele aus dem umfangreichen Bericht zu sprechen kommen. Gewissermaßen ein Paradebeispiel bildet die Landesinitiative Zukunftsenergien. Sie bildet ein Herzstück der Energiepolitik der

Landesregierung und setzt einen Schwerpunkt bei der rationellen Energienutzung und der Energieeinsparung sowie bei der Unterstützung der Wirtschaft bezüglich der Entwicklung von erneuerbaren Energien.

Gefördert werden technische Entwicklungen und Demonstrationsvorhaben bis hin zur Markteinführung innovativer Produkte unter dem Gesichtspunkt der Energieeffizienz und der verstärkten Nutzung unerschöpflicher, sich selbst regenerierender Energiequellen. Zielgruppen dieser Landesinitiative sind unter anderem die Hersteller von energetischen Anlagen - aus unserer Sicht ist dies ein sehr großes Zukunftsfeld wirtschaftlicher Betätigung -, die Energieanwender und -versorger, Wissenschaft und Forschung, Bau- und Wohnungswirtschaft, Handwerk, Architektur- und Ingenieurbüros.

Am 14.04.1996 hat die Landesinitiative Zukunftsenergien in Gelsenkirchen vor mehr als 400 Teilnehmern gewissermaßen das Licht der Welt erblickt. Im Juni sind dann in Hamm von über 800 Teilnehmern in elf Arbeitsgruppen erste Themen wie zum Beispiel Photovoltaik, Energiespeicherung, Energiedienstleistungen erarbeitet worden. Bisher sind aus diesen Arbeitsgruppen sage und schreibe 230 Projektideen in die Landesinitiative eingebracht worden, die in der in meinem Ministerium eingerichteten Geschäftsstelle geprüft und dann zur Umsetzung an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden.

Weitere Stichworte im Rahmen dieser Initiative ist das Programm "Rationelle Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen" - REN-Programm -, in dessen Zusammenhang wir Demonstrationsvorhaben im Bereich neuer Technologien fördern. Es geht um die Erweiterung der Energieberatung für mittelständische Unternehmen und für Gebietskörperschaften, die Erarbeitung betrieblicher Energiekonzepte mit dem Ziel, den Energieverbrauch in kleinen und mittleren Unternehmen zu minimieren und die Prüfung und Anwendung weiterer Contracting-Modelle zum Beispiel in der staatlichen Bauverwaltung und im Wohnungsbau.

Man sollte aber auch sehen, daß in ganz konkreten Projekten, die in der Tat ohnehin zu verwirklichen gewesen wären, über das Programm zukunftsweisende Akzente gesetzt werden. Ich nenne die Fortbildungsakademie des Innenministeriums, die im Stadtteilzentrum Herne-Sodingen gebaut wird. Bei diesem Projekt wird die Sonne als ausschließlicher Energieträger genutzt. Hier wird auf einer Glashülle Europas größtes Solarkraftwerk mit einer Nennleistung von einem Megawatt errichtet. Über dieses Projekt wird eine Fülle von innovativen neuen Ansätzen in die Wirtschaft hineingetragen. Wir versprechen uns davon, daß die Wirtschaft Impulse erhält, die sie in Zukunft in die Lage versetzt, auf dem Markt über größere Stückzahlen und daraus resultierende preiswertere Produktion beispielsweise von Solarzellen wirtschaftlich erfolgreich tätig sein zu können.

Ein zweiter großer Komplex aus dem MWMTV bildet der ÖPNV. Dieser Komplex beansprucht allein 6,4 Milliarden DM des Gesamtprogramms von 13,1 Milliarden DM. Dabei geht es um die weitere Verbesserung der Infrastruktur des ÖPNV, um Verkehrstechnik sowie Fahrzeugbeschaffung und -modernisierung. Dies geschieht

jeweils unter dem Aspekt von Arbeit und Umwelt. Wir versprechen uns davon die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze unter Schonung und Verbesserung der Umweltverhältnisse.

Eine Anmerkung zu der Frage der Umgestaltung von Förderprogrammen: Bekanntlich haben wir die Richtlinien zur regionalen Wirtschaftsförderung schon im Oktober 1995 neu gefaßt. Wir stellen jetzt sehr stark ab auf arbeitsplatzschaffende beziehungsweise arbeitsplatzsichernde Investitionsmaßnahmen, aber nicht zu Lasten der Umwelt. So sollen beispielsweise Gewerbeflächen nur noch auf Brachflächen erschlossen werden und nicht zu Lasten bisher unberührter Flächen. Es gibt eine Fülle kleinerer Möglichkeiten, die sich teilweise aus der täglichen Bearbeitung der Projekte heraus ergeben. Dabei ist nicht einmal eine Änderung der Richtlinien notwendig.

Peter Bensmann (CDU) folgert aus den Ausführungen von Staatssekretär Bickenbach, in der Flasche sei nicht mehr, sondern nur eine andere Mixtur.

Nach Meinung von **Helmut Diegel (CDU)** würde auch ohne das Etikett "Zukunftsinvestitionsprogramm" mit sämtlichen Haushaltspositionen das gleiche bewirkt. Andernfalls bitte er darzustellen, was ohne dieses Zukunftsinvestitionsprogramm nicht bewirkt würde. Ferner interessiere ihn, ob für die Haushaltsjahre 1996 und 1997 zum Beispiel die jeweils 112 Millionen DM für das Zukunftsinvestitionsprogramm auf die einzelnen Programme aufgeteilt werden könnten. Die pauschalierten Endsummen brächten den Haushalts- und Finanzausschuß nicht weiter. Außerdem bitte er aufzuklären, warum die Gesamtsumme 1996 um 100 Millionen DM niedriger ausfalle als in den Folgejahren. Nach seiner Berechnung hätte nämlich überall das gleiche Ergebnis herauskommen müssen.

RD Kröger (MWMTV) stellt zur Gesamtsumme klar, bei der Jahressumme 1996 handele es sich um einen Schreibfehler. Werde die jeweilige Jahresgesamtsumme 2,628 Milliarden DM mal fünf genommen, erhalte man die Programmgesamtsumme von 13,140 Milliarden DM.

Staatssekretärin Friedrich (MURL) legt dar, es gehe um die Ermöglichung von Strukturen, um Nordrhein-Westfalen in Richtung Nachhaltigkeit zu bringen. Auf diese Weise würde versucht, das umzusetzen, was 1992 in Rio weltweit als notwendig erachtet worden sei. Ohne dieses Programm würde beispielsweise nicht die Entwicklung von Energieeinsparmaßnahmen bei öffentlichen Kläranlagen gefördert. Ohne Nachhaltigkeitsdebatte und ohne ein solches Programm würde niemand versuchen, dieses Problem zu lösen, weil es als solches nicht erkannt würde. Die Beschäftigung mit diesem Problem trage zur Technologieentwicklung bei, fördere aktiv Arbeitsplätze und die Konkurrenzfähigkeit der Industrie in Nordrhein-Westfalen. Auch die Regionalvermarktung stelle ein Essential der Nachhaltigkeit dar. Werde mit diesem Programm diese Regionalvermarktung nicht aktiv gefördert, werde der Klein- und Mittelstand im Einzelhandel immer weiter geschwächt, was zu einer falschen Struktur führe.

Auch er sei ein Philosophie-Anhänger, betont **Helmut Diegel (CDU)**, wenn diese auch konkret umgesetzt werden könne. Er bitte um eine Aufstellung, in der über die beiden genannten Projekte hinaus konkret nachgewiesen werde, was durch das Zukunftsinvestitionsprogramm zusätzlich mit welchen Mitteln an neuen Maßnahmen für Arbeit und Umwelt geschehe.

Vorsitzender Leo Dautzenberg stellt fest, zum ÖPNV werde im Bericht am konkretesten quantifiziert ausgeführt, was unternommen werden solle. Ein solches Vorgehen wäre für alle Bereiche sinnvoll.

Im Bereich Wirtschaft sei eine Quantifizierung leichter möglich, äußert **Staatssekretärin Friedrich (MURL)**, weil es dort ganz klare Investitionsmittel gebe, während im Umweltministerium für Investitionen etwas umstrukturiert werde. Im MURL-Bereich müsse herausgerechnet werden, was Investitionsteil und was Konsumtion darstelle. Dies könne immer nur rückblickend geschehen. In dem Moment, wenn ein Projekt abgeschlossen sei oder nach Zwischenberichten könnten auch klare Zahlen genannt werden. Unsolide wäre es jedoch, jetzt Detailzahlen des Projekts zu nennen, die sich dann in der Form nicht realisieren ließen. Selbstverständlich überprüfe das MURL die Projektzahlen und werde diese, sobald sie vorlägen, veröffentlichen und dem Ausschuß zur Verfügung stellen.

Auf die Frage des **Vorsitzenden Leo Dautzenberg**, ob demnach Projekte bewilligt würden, bei denen die Maßnahmen noch nicht quantifiziert seien, antwortet **Staatssekretärin Friedrich (MURL)**, sie habe mit keinem Wort gesagt, daß auf die in der Fragestellung dargestellte Weise eine Förderung stattfinde. Das Problem bestehe in der Trennung zwischen konsumtiven und investiven Mitteln. Dies sei bei der Förderung der Entwicklung von Strukturen nicht im Vorhinein in buchhalterischer Klarheit festzulegen.

Helmut Diegel (CDU) fragt nach, ob das MURL somit nicht über konkrete Zahlen, sondern nur über gegriffene Zahlen für die Projekte verfüge. - Dazu legt **Staatssekretärin Friedrich (MURL)** dar, für das Haushaltsjahr 1996 habe das Ministerium genau geplant, was innerhalb dieses Ressorts für die dargestellte Entwicklung zur Verfügung gestellt werden solle.

Volkmar Klein (CDU) zeigt sich erstaunt darüber, wie wichtig nach den Ausführungen der Staatssekretärin dieses Programm für die Arbeitsfähigkeit der Regierung sei. Bisher sei er davon ausgegangen, daß die qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien schon vor Erfindung dieses Programms nach vernünftigen Gesichtspunkten Programme ausgewählt hätten. Außerdem erkenne er eine deutliche Unterschätzung anderer Ebenen des Landes, wenn gesagt werde, kein Mensch würde ohne dieses Programm über die Wärmerückgewinnung bei Kläranlagen nachdenken. Wegen der wirtschaftlichen Seite dieser Frage hätten

vielmehr die Betreiber vor Ort auch schon in der Vergangenheit darüber nachgedacht.

Abschließend fragt der Abgeordnete, ob von den 1996 auf dieses Programm entfallenden 2,628 Milliarden DM allein 827 Millionen DM nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz aus der Bundeskasse stammten. Wenn allein 31,5 % aus dieser Quelle gespeist würden, erscheine es ihm nicht redlich, diesem Programm dieses pathetische Etikett umzuhängen.

Rein buchhalterisch sei das zwar richtig, bestätigt **Staatssekretär Bickenbach (MWM-TV)**, aber die Zuweisungen würden den Ländern zur Erfüllung bestimmter Aufgaben gegeben und stellten in dem Moment Landesmittel dar.

Auf den Einwand von **Volkmar Klein (CDU)**, diese Aufgaben existierten auch ohne dieses Programm, entgegnet **Staatssekretär Bickenbach (MWM-TV)**, aber nicht mit dieser Zielrichtung. Entscheidend sei, daß auch die ÖPNV-Maßnahmen primär unter dem Gesichtspunkt Arbeit und Umwelt gesehen würden. Es würden deshalb beispielsweise ÖPNV-Fahrzeuge nicht dort eingekauft, wo sie am billigsten und schnellsten, aber möglicherweise auf die umweltbelastendste Art gebaut würden, vielmehr werde unter dem Gesichtspunkt der Erneuerung und Stärkung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft darauf geachtet, daß unter den Aspekten Arbeit und Umwelt ein Optimum geschaffen werde. Es handele sich um eine mittel- und langfristig angelegte Philosophie, was es außerordentlich schwierig mache, buchhalterisch zu sagen, unter dem Strich seien 25 Arbeitsplätze geschaffen worden usw. Im übrigen enthalte das Programm auch bereits eine ganze Menge konkreter Zahlen, etwa im Bereich Verkehr und in anderen Wirtschaftsprogrammen.

MR Dr. von Ingersleben (FM) zeigt die Quantifizierungsschwierigkeiten im Zusammenhang mit diesem vom Finanzministerium nicht begleiteten Programm des MURL an drei Beispielen auf. Bei einem gerade angestoßenen Gewässerauen-Programm mit dem Zulassen des Überflutens von Ackerflächen und dem Schutz vor Rheinhochwasser bestehe nicht die Möglichkeit, dieses genau zu quantifizieren und auf die Jahre zu verteilen. Ferner müsse der ständig wachsende Vertragsnaturschutz gesehen werden. Während beim Ordnungsrecht der Zuwiderhandelnde, der eine Naturschutzfläche etwa durch Befahren zerstöre, Bußgeld zahlen müsse, werde über den Vertragsnaturschutz, mit dem dies vermieden werden solle und der sich durch den Einzelplan 10 ziehe und ständig ausweitere, die Akzeptanz der Betroffenen mit Geld erkaufte. Auch bei diesem Vorgehen sei wegen der erforderlichen Bereitwilligkeit der Betroffenen eine Quantifizierung schwer möglich. Schließlich müßten die Talsperren auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden. Auch in diesem Falle hätten keine vertretbaren Zahlen genannt werden können.

Anknüpfend an die schon früher gestellte Frage seiner Kollegin Landsberg und mit Hinweis auf die Koalitionsvereinbarung, bittet **Dr. Manfred Busch (GRÜNE)** um Präzisierung, wann mit der Vorlage der neuen Richtlinien zur Wirtschaftsförderung gerechnet werden könne

beziehungsweise wie der konkrete Bearbeitungsstand aussehe.

Staatssekretär Bickenbach (MWMTV) betont, in einer Vielzahl von Fällen werde eine Änderung der Richtlinien nicht notwendig sein. Vielmehr gehe es im Verwaltungsvollzug darum, welche Projekte konkret in welcher Richtung unterstützt und gefördert würden. Adhoc könne er zum Bearbeitungsstand nichts sagen, er werde dieser Frage aber in seinem Hause nachgehen. Verweisen wolle er aber auf den bereits von ihm genannten konkreten Fall "Flächenverbrauch".

Bereits vor Jahren hätten die Sozialdemokraten beim Zusammenfügen von Arbeit und Umwelt und zum nachhaltigen Wirtschaften davon gesprochen, führt **Reinhold Trinius (SPD)** aus, es gehe nicht um den Einsatz frischen Geldes, womit ohnehin nicht alle Probleme gelöst werden könnten. Der Pfiff des Programmes "Arbeit und Umwelt" bestehe darin, der ganzen Flotte eine andere Richtung zu geben, bei deren Wahl diese beiden Gesichtspunkte ausschlaggebend seien. Wer sich die Wirklichkeit anschau, stelle fest, daß über Erfinder, Wissenschaftler, Forscher usw. auf diesem Gebiet viel geschehe. Auch Unternehmen hätten dieses Thema längst aufgegriffen und arbeiteten an dessen Umsetzung. Für ihn handele es sich um eine intelligente Lösung, bei der mit vorhandenen Mitteln ein neuer Effekt erreicht werden solle, indem in vielen Programmen entsprechende Akzente gesetzt würden. Unterstützt werde das von vielen, die von staatlicher und politischer Seite überhaupt keines Anstoßes bedürften. Er empfehle in diesem Zusammenhang, sich einmal auf der Hannover-Messe die Stände der nordrhein-westfälischen Hochschulen anzuschauen. In diesem Jahr habe die Fachhochschule Aachen eine umfangreiche Ausstellung über die Solarenergie durchgeführt, die sich wirklich gelohnt habe. Er sei dankbar für den Hinweis, daß sich vieles beim Übergang vom Ordnungsrecht zu vertraglichen Verhältnissen nicht quantifizieren lasse. Die Effizienz sei dabei aber hoch. Er begrüße jeden intelligenten Vorschlag, der zu mehr Effizienz führe.

Bei dem inzwischen Gehörten, betont **Peter Bensmann (CDU)**, wisse er nicht, was an diesem Programm neu sei, zumal auch eingeräumt werde, daß in der freien Wirtschaft dasselbe geschehe. Er gehe davon aus, daß dies auch für alle staatlichen Ebenen von den Kommunen bis zum Bund gelte. Er folgere deshalb, daß erst nach Realisierung der Projekte über eine Rückwärtsrechnung das Ergebnis verkauft werde, was viel Arbeit bedeute, die andere aber ohne Etikett auch leisteten. Vielleicht könnte anderen Zielrichtungen mit einem solchen Einsatz viel besser gedient werden.

Vorsitzender Leo Dautzenberg sieht beim Contracting Probleme der einwandfreien haushaltsrechtlichen Darstellung. - Für Contracting-Maßnahmen, stellt **MDgt Dr. Berg (FM)** fest, enthalte der Haushalt noch keine Vorsorge. Allerdings müsse über eine Abdeckung mittelfristig nachgedacht werden. Zur Zeit laufe ein entsprechender Versuch an der Sporthochschule Köln. Er nehme an, daß bei Durchführung solcher Maßnahmen Verpflichtungs-

ermächtigungen bereitgestellt werden müßten.

Auf die Frage von **Hans Kern (SPD)**, welche neuen Erkenntnisse zur Kürzung um 300 000 DM bei **Kapitel 10 130 Titel 537 12 "Rückkehr der Langdistanz-Wanderfische in den Rhein"** geführt hätten, sichert **Staatssekretärin Friedrich (MURL)** zu, die Antwort nachzureichen.

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Auf eine entsprechende Nachfrage von **Winfried Schittges (CDU)** zu Vorlage 12/912 teilt **MR Hollender (FM)** mit, die zugesagte Aufgliederung bei der Budgetierung sei in der zweiten Ergänzungsvorlage für Einzelplan 12 ab Seite 159 enthalten. Im übrigen seien die Haushaltsvermerke gegenüber dem Haushaltsentwurf teilweise geändert worden. Die zu Punkt 8 des Berichterstattergesprächs erbetene Unterlage werde zugeleitet.

Peter Bensmann (CDU) spricht die in der 3. Ergänzungsvorlage enthaltene haushaltsmäßige Umsetzung des Organisationsgutachtens für die Finanzverwaltung an und zeigt sich mit dem Hinweis auf die zeitliche Enge bei den Beratungen im Unterausschuß "Personal" unzufrieden darüber, daß die Landesregierung zu diesem Thema zwar eine Presseinformation herausgegeben habe, aber das Parlament noch nicht über entsprechende Informationen verfüge. Im übrigen habe der frühere Staatssekretär Dr. Bentele angekündigt, daß grundsätzliche Fragen bezüglich der auszubringenden kw-Stellen ausgeklammert blieben. Dazu passe dann aber nicht, daß aus dem Gesamtkontingent 300 Stellen für Steuerfahnder bereitgestellt werden sollten.

Staatssekretär Gerlach (FM) sagt zu, alle Informationen, die der Unterausschuß "Personal" für seine am Montag stattfindende Beratung benötige und die der Öffentlichkeit zugegangen seien, selbstverständlich zur Verfügung zu stellen. Außerdem würden alle mit diesem Thema befaßten Mitarbeiter am Montag bei der Beratung anwesend sein.

Vorsitzender Leo Dautzenberg bittet um Mitteilung, wann denn wenigstens der Unterausschuß "Personal" das Gutachten erhalte, damit dieser feststellen könne, was aus diesem umgesetzt werde. - Insofern sei das Finanzministerium auch auf Dritte angewiesen, antwortet **Staatssekretär Gerlach (FM)**. Der Gutachter hätte seinen Abschlußbericht bis Ende letzten Monats vorlegen sollen. Aus beim Gutachter liegenden Gründen habe sich dieser dazu nicht in der Lage gesehen. Deshalb verfüge das Ministerium für die internen Beratungen nur über eine "Leseversion". Sobald die abschließende Präsentationsversion vorliege, werde sie dem Ausschuß zur Verfügung gestellt. Bei dem jetzt Vorgelegten, handele es sich um den ersten

Umsetzungsschritt.

Peter Bensmann (CDU) bittet, dem Unterausschuß "Personal" diese zehn Tage alte "Leseversion", die Grundlage für die Kabinettsentscheidung gewesen sei, auch zukommen zu lassen. Im übrigen habe er diese Fassung nicht in der Straßenbahn gefunden. - **Staatssekretär Gerlach (FM)** zeigt sich überrascht, daß Leseexemplare offensichtlich auch an anderen Stellen gehandelt würden.

Das Verfahren bezeichnet **Helmut Diegel (CDU)** als ein Ärgernis und vom Grundsatz her nicht zu akzeptieren. Die angekündigte geplante Verstärkung im Außendienst um 300 Mitarbeiter bedeute zudem eine Kehrtwendung von grundsätzlicher Bedeutung zu der bisher vorgetragenen Meinung des Finanzministers. Er bitte um Begründung, warum die entsprechende Mitteilung, die bis zum heutigen Tage das Parlament noch nicht erreicht habe, zuerst an die Presse gegeben worden sei.

Für ihn bedeute die Verstärkung des Außendienstes keine Kehrtwendung des Finanzministers, erklärt **Staatssekretär Gerlach (FM)**. Der Finanzminister habe vielmehr schon in den letzten Sitzungen deutlich gemacht, daß ihm Betriebsprüfung und Steuerfahndung wichtig seien, aber in dem Bereich ein differenzierter Stellenzuwachs erfolgen müsse, der sich bewegen müsse zwischen der Position, die Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich schon heute einnehme, und der Notwendigkeit, die sich aus der Einsparvorgabe im Personalbereich ergebe. Ferner sei es nicht ungewöhnlich, daß eine beschlossene Kabinettsvorlage entsprechend öffentlich dargestellt und präsentiert werde. Er werde aber nachprüfen, inwieweit in diesem Punkt die Parallelität in der Information gewahrt worden sei.

Peter Bensmann (CDU) hebt nochmals ab auf den engen zeitlichen Ablauf bei diesen Haushaltsplanberatungen und fragt, wie eine Fraktion einen Antrag stellen soll, wenn weder die vorhandenen Möglichkeiten in der Summe noch die Überlegungen der Landesregierung bekannt seien. Am Montag könne nicht einmal eine Abstimmung mit der Fraktionsführung stattfinden. Das gewählte Verfahren erschwere die Arbeit beträchtlich und mache sie fast unmöglich.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) meint, die zeitliche Enge sei von Anfang an klar gewesen. Deshalb schließe er sich der vorgebrachten Kritik nicht an. Sodann bittet der Abgeordnete den Staatssekretär zu bestätigen, daß die Vorschläge seiner Fraktion bei der Entscheidungsfindung des Finanzministers bezüglich der Verstärkung im Außendienst eine wesentliche Rolle gespielt hätten. - **Staatssekretär Gerlach (FM)** stellt klar, der Vorschlag beruhe auf Erkenntnissen des Ministers. Für die Unterstützung der GRÜNEN dabei bedanke er sich aber im Namen des Ministers ausdrücklich.

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Franz Riscop (CDU) geht ein auf die Anmerkung in der 2. Ergänzungsvorlage zu **Kapitel 14 040 Titel 162 10 "Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland"** und möchte wissen, ob wegen des Verzichts auf Forderungen der Haushaltsausschuß hierzu noch eine Vorlage erhalte.

MDgt Dr. Berg (FM) verneint dies. In der Ergänzungsvorlage würden die daraus resultierenden Zinseinnahmen veranschlagt. Erläuternd dargestellt werde, daß die verbleibenden Restbeträge in Form eines Barwertes von 34,5 Millionen DM landesbeteiligten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden sollten.

Für den **Vorsitzenden Leo Dautzenberg** bleibt die Frage, ob dieser Vermögensübergang nicht dennoch der Zustimmung des Haushaltsausschusses bedürfe.

Diese Diskussion sei bereits geführt worden, erinnert **MDgt Dr. Berg (FM)**. Diese Einnahme schließe den Vermögensübergang vom Land an die landesbeteiligten Gesellschaften ein. Obwohl haushaltsrechtlich keine zwingende Notwendigkeit dazu bestanden hätte, sei dieser Vorgang hier dargestellt und in den Erläuterungen ausgewiesen worden. - **Staatssekretär Gerlach (FM)** ergänzt, nach Auffassung des Finanzministeriums bedürfe es nicht der Zustimmung des Haushaltsausschusses.

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Mit Bezug auf die nun angestrebte Lösung beim Ständehaus bittet **Franz Riscop (CDU)** einmal darzustellen, wie die Finanzierung ablaufen solle.

Staatssekretär Gerlach (FM) betont, es bleibe bei dem Beschluß, daß die Finanzierung aus Verkäufen landeseigener Grundstücke in Düsseldorf erfolge müsse. Die Erschließung und Vermarktung der vom Abgeordneten angesprochenen Liegenschaft Roß- und Tannenstraße sei keineswegs erledigt. Im Augenblick erweise sich allerdings der Markt in Düsseldorf als ausgesprochen schwierig. Ferner gebe es nach wie vor Probleme mit der Stadt Düsseldorf, was die Erschließung des Geländes und damit die Entwicklung des Bebauungsplans betreffe. Mit Interesse werde gesehen, daß die Stadt mit dem industriellen Nachbarn offensichtlich schneller vorankomme. Vor diesem Hintergrund habe das Finanzministerium mit Blick auf den Auftrag des Landtages jetzt eine Zwischenfinanzierungslösung angeboten. Diese ermögliche sowohl die Finanzierung durch Eigenbau als auch durch einen Investor, als auch

eine durch Leasing und sei jeweils durch entsprechende Verpflichtungsermächtigungen gedeckt.

Vorsitzender Leo Dautzenberg merkt an, die 2. Ergänzungsvorlage enthalte in Einzelplan 20 in Kapitel 20 630 Titel 783 10 noch einen Ansatz in Höhe von 737 500 DM für die Schlußabrechnung der ursprünglich begonnenen Umbaumaßnahme.

Haushaltsgesetz 1997

Vorsitzender Leo Dautzenberg möchte wissen, wann dem Ausschuß entsprechend der gegebenen Zusage die Richtlinien für Garantien zur Kenntnisnahme zugeleitet würden.

Aus dem Stand könne er nicht sagen, zu welchem Ergebnis das in der Frage erwähnte Gespräch am 18. November 1996 geführt habe, antwortet **Staatssekretär Gerlach (FM)**. Die Tatsache, daß er innerhalb seines Hauses keinen Richtlinienentwurf auf seinem Tisch liegen habe, signalisiere, daß sich am 18. November noch keine abschließende Meinungsbildung ergeben habe. Sobald die Richtlinien erstellt seien, würden diese dem Ausschuß zur Kenntnisnahme zugeleitet.

2 Beteiligungskapitalfonds NRW, mehr Kapital für zukunftsfähige Produkte und Arbeitsplätze

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/1482

Vorsitzender Leo Dautzenberg informiert, im Rahmen eines Obleutegesprächs sei angeregt worden, dem federführenden Wirtschaftsausschuß für Anfang 1997 eine gemeinsame Sitzung vorzuschlagen, in deren Rahmen ein Gespräch mit Steuerexperten und Vertretern aus dem Bankenbereich zur Erläuterung der Problematik von Beteiligungskapitalfonds geführt werden könne.

Reinhold Trinius (SPD) weist auf den Kern des Antrages hin, der Landtag fordere die Landesregierung auf, die Initiative zur Gründung des Beteiligungskapitalfonds NRW ab Haushaltsjahr 1997 zu ergreifen, damit ein Konzept vorgelegt werde.